

WAS IST DAS?

E-Ticket

Berlin. Das elektronische Ticket, kurz E-Ticket, ersetzt Fahr- oder Eintrittskarten aus Papier. Bei Bus und Bahn setzen sich zunehmend Chipkarten durch, auf denen etwa Monats- und Jahreskarten, aber auch Einzelfahrscheine gespeichert werden können. Die Kontrolle erfolgt über elektronische Lesegeräte. Die deutschen Verkehrsunternehmen haben eine einheitliche E-Ticket-Plattform geschaffen, dennoch ist das Angebot bislang auf einzelne Regionen begrenzt.

Die Deutsche Bahn hat Ende November 2016 ihr ähnliches Angebot „Touch&Travel“ eingestellt – dabei konnten Nutzer per Smartphone-App Start und Ziel ihrer Reise erfassen, anschließend wurde der Fahrpreis abgebucht.

BND warnt vor neuem IS-Terror

Kahl: Risiko könnte steigen

Seeon. Das Risiko von Terroranschlägen durch den „Islamischen Staat“ (IS) könnte nach der Analyse des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, steigen. Auf der CSU-Klausur im Kloster Seeon sagte er am Donnerstag nach Angaben von Teilnehmern, die Anti-IS-Koalition sei zwar erfolgreich. So habe die Terrororganisation im Irak die Hälfte und in Syrien 30 Prozent ihres Gebietes verloren. Doch je größer die Verluste werden, desto wichtiger seien für den IS Anschläge. Sie würden den Zusammenhalt des „Islamischen Staates“ stärken. Kahl versicherte, sein Geheimdienst habe alle ihm vorliegenden Informationen über den Berliner Attentäter Anis Amri an die Sicherheitsbehörden weitergeleitet. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) forderte, abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig seien und wie Amri als gefährlich eingestuft würden, so lange in Haft zu halten, bis sie das Land verlassen hätten. Er

„Der Osten ist attraktiv geworden“

Geringste Abwanderung aus den neuen Ländern seit der Einheit – der Männerüberschuss bleibt jedoch bestehen

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Berlin. „Männlich und allein zu Hause“ – so konnte man die Situation im Osten Deutschlands kurz nach der Wiedervereinigung beschreiben. Denn es waren vor allem junge Frauen, die Anfang der Neunzigerjahre in die alten Bundesländer abgewandert sind. Im Jahr 1992 etwa ließen sich über 60 000 Frauen im Westen nieder, bei den Männern war es genau die Hälfte.

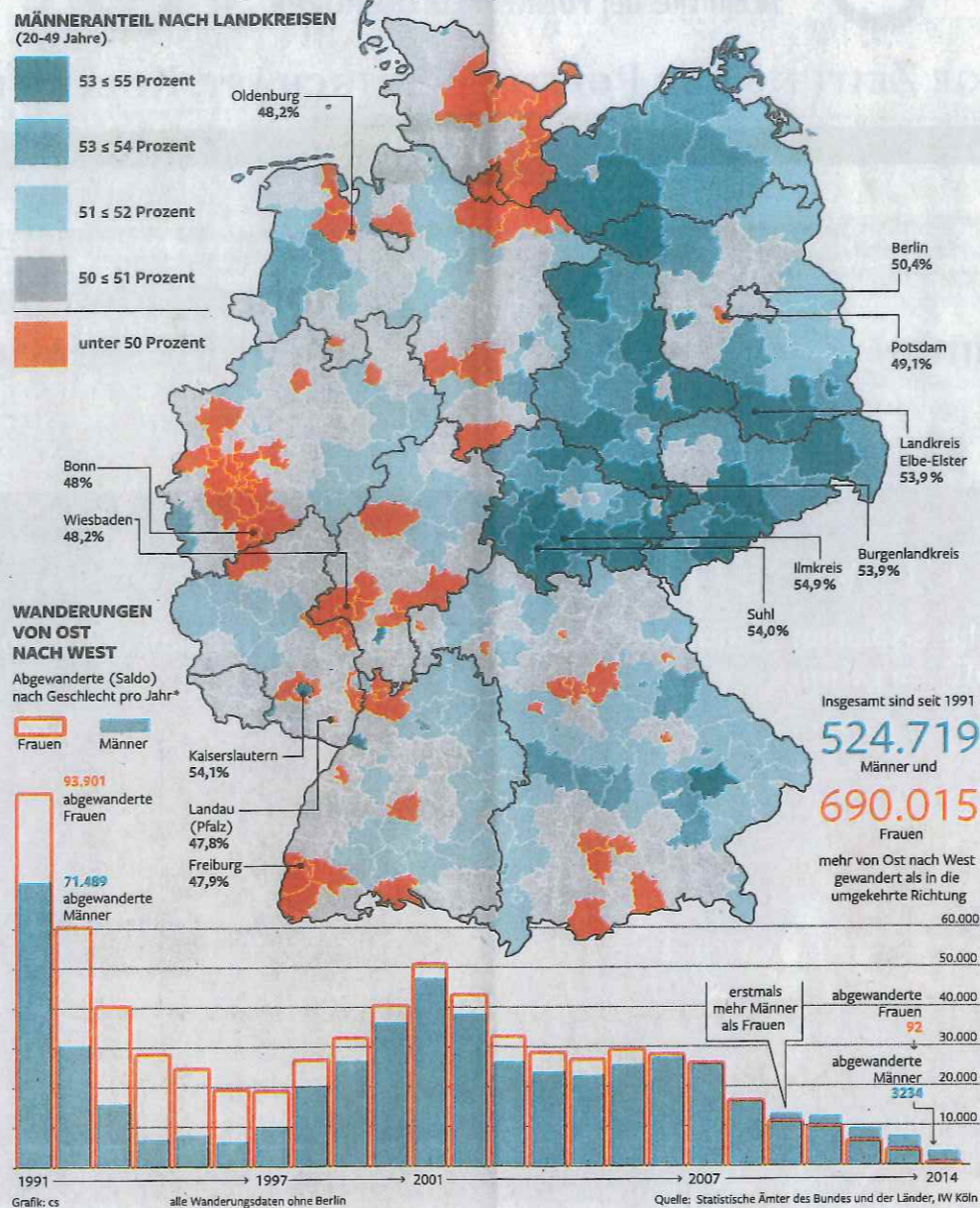
Doch das Phänomen hat sich mittlerweile gedreht. Nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) über die Wanderungsbewegungen zwischen Ost und West, die dieser Zeitung exklusiv vorliegt, wandern seit 2009 mehr Männer als Frauen von den alten in die neuen Bundesländer. Nach den aktuellsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2014 verließen per Saldo 3234 Männer den Osten (ohne Berlin) gen Westen und nur noch 92 Frauen.

Geringste Abwanderung seit der Einheit

Diese Wanderung ist insgesamt der mit Abstand geringste Wert seit der Wiedervereinigung. „Der Osten hat sich stabilisiert, der Strukturwandel ist vollzogen“, sagt IW-Forscher Wido Geis. Seine Erklärung für die stark gesunkenen Zahlen: „Die neuen Bundesländer haben wirtschaftlich aufgeholt, der starke Abbau der Arbeitsplätze aus den Nachwendejahren ist gestoppt. Der Osten ist attraktiv geworden.“

Die Abwanderungsbewegung gen Westen war enorm: Allein im Jahr 1991 verließen 165 000 Menschen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Fünf Jahre später waren es nur noch 25 000, die Ostdeutschland den Rücken kehrten, doch im Zuge der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern waren es 2001 wieder 98 000 Menschen. Seitdem jedoch geht die Zahl kontinuierlich zurück, auch weil seither etliche Menschen

Geschlechterverteilung und Wanderungsbewegung zwischen Ost und West



wieder in den Osten zurückgekehrt sind. Was sich jedoch immer noch nicht angeglichen hat zwischen neuen und alten Bundesländern, ist die Geschlechterverteilung. So waren im Jahr 2014 im Osten 52,4 Prozent der 20- bis 49-jährigen Personen männlich, während es im Westen nur 50,5 Prozent waren. Ein deutliches Plus. Den höchsten Männerüberschuss in dieser Altersgruppe wiesen mit einem Anteil von jeweils 52,7 Prozent Sachsen-Anhalt und Thüringen auf, gefolgt von Sachsen mit 52,6 Prozent, Mecklenburg-Vorpom-

mern mit 52,4 Prozent und Brandenburg mit 51,6 Prozent. Einen Frauenüberschuss in dieser Altersklasse gab es nur in Hamburg. Insgesamt gibt es in den ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer überdurchschnittliche viele Männer, schreiben die IW-Experten. Differenziert nach Kreisen finden sich die höchsten Männeranteile unter den 20- bis 49-Jährigen im Ilm-Kreis mit 54,9 Prozent, in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz) mit 54,1 Prozent und in der kreisfreien Stadt Suhl mit 54 Prozent. Bleibt die Frage, wa-

rum es dennoch zu einer Verschiebung bei der Ost-West-Wanderung insgesamt gekommen ist. „Ein wichtiger Faktor sind die Perspektiven am Arbeitsmarkt“, erklärt Geis. Diese hätten sich insbesondere im Dienstleistungsbereich, also etwa im Gaststättengewerbe, im Einzelhandel oder in der Pflege, wo sehr viele Frauen beschäftigt sind, deutlich gebessert. Trotz des deutlichen Rückgangs der Ost-West-Wanderung verlieren nach wie vor viele ländliche Kreise in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie dem südlichen Brandenburg

stark an Bevölkerung. Das betrifft allerdings auch einige Regionen im Westen, insbesondere im nördlichen Bayern. Die stärkste Abwanderung gab es im Jahr 2014 im Landkreis Fürth mit 4,2 Personen je 1000 Einwohnern. An zweiter Stelle folgte der Elbe-Elster-Kreis in Brandenburg mit 3,7 und an dritter die Stadt Würzburg mit 3,4.

Städte und Ballungsräume verzeichnen dagegen einen regelrechten Ansturm. „Es gibt eine Tendenz hin zu den Ballungsräumen und vom Land in die Stadt“, erläutert der IW-Experte und nennt es einen „Urbanisierungstrend“. Drei Viertel aller Arbeitsplätze befinden sich in den städtischen Gemeinden, die allerdings nur ein Fünftel der Gesamtfläche der Bundesrepublik ausmachen. Das birgt angesichts einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft große Probleme. Viele junge Leute zieht es in die Städte, auf dem Land bleiben die Älteren zurück.

Jena und Erfurt gehören zu den Gewinnern

Auch mehr als 90 Prozent aller ostdeutschen Gemeinden haben zwischen 2008 und 2013 Bevölkerung verloren, belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Einen Zuwachs verzeichneten nur die „Leuchttürme“ Leipzig, Dresden, Jena, Erfurt und Potsdam. Die medizinische Versorgung leidet darunter, auch die Möglichkeiten zum Einkaufen. Was also tun?

Bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Investitionen in den Ausbau der Glasfasernetze, damit gezielt Institutionen wie etwa Forschungsinstitute angesiedelt werden können. Nach Ansicht der Wissenschaftler muss auch Geld in die Hand genommen werden. Berater der Bundesregierung schätzen einen Betrag von 60 bis 80 Milliarden Euro um einen flächendeckenden Breitbandausbau sicherzustellen. Denn ohne eine digitale Infrastruktur wird sich kein Unternehmen auf der „grünen Wiese“ ansiedeln.

KOMMENTAR

Nicht nur die Städte fördern



KERSTIN MÜNSTERMANN über die Abwanderung in den Westen

Die Abwanderung aus dem Osten in den Westen ist rund ein Vierteljahrhundert nach der Einheit nahezu gestoppt. Nur noch rund 3300 Menschen verließen 2014 die neuen Bundesländer, 165 000 waren es kurz nach der Wiedervereinigung. Die Zahlen zeigen: die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland haben sich weiter angeglichen. Es gibt im Osten Perspektiven, auch für junge Leute. Diese müssen ihrer Heimat nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren. Das ist gut für ganz Deutschland.

Doch die positive Wanderungsbewegung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele ländliche Kreise langsam aber stetig ausbluten. Nur noch in wenigen ostdeutschen Gemeinden kann der Zuzug die Sterbefälle ausgleichen. Auch im Westen verlieren Landkreise ohne Ballungszentren ihre Bevölkerung. Es braucht schnell einen Plan für den ländlichen Raum.

Die Politik muss dringend damit beginnen, Investitionen in die Infrastruktur nicht nur in vielen Reden zu preisen. In den öffentlichen Haushalten in Deutschland gab es 2016 über 20 Milliarden Euro an Überschüssen. Die müssen genutzt werden: Bessere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen etwa. Gute Schulen, ein funktionierender Nahverkehr. Und vor allem eine digitale Infrastruktur, die ihren Namen auch verdient. Kein Unternehmer wird sonst bereit sein, auf der „grünen Wiese“ zu investieren. Undes braucht diese Neuansiedlungen auf dem Land. Denn Deutschlands Attraktivität beruht nicht nur auf den Städten.